

Das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum dieser historische Beschluß nicht nur die Zustimmung aller Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hat, sondern auch die Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik und auch in Westdeutschland.

Mir selbst war die hohe Auszeichnung und das große Glück beschieden, Teilnehmer dieser historischen Tagung zu sein, Teilnehmer an jener Tagung, die an Bedeutung alle bisherigen Konferenzen und Parteitage in der Geschichte der Arbeiterbewegung weit überragt und, wie der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, zum Ausdruck brachte, an einem Wendepunkt der Entwicklung in Deutschland stattfand, in einer Situation, in der das deutsche Volk, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, die Sache der Erhaltung des Friedens und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage in seine eigenen Hände nehmen muß. Auf dieser historischen Tagung wurde festgestellt, daß die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit entwickelt sind, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.

Was die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands befähigte und berechtigte, einen solchen Beschluß zu fassen, der für die Gegenwart und für die Zukunft unseres Volkes von solch gewaltiger, weittragender Bedeutung ist, hat unser Ministerpräsident Grotewohl in seiner Rede vor der Volkskammer nochmals eingehend begründet, und dabei unterstrichen, daß sich die Sozialistische Einheitspartei mit diesen Feststellungen in voller Übereinstimmung mit der Arbeiterklasse, mit den werktätigen Bauern und mit den weitesten Schichten aller fortschrittlichen Menschen befindet. Diese Übereinstimmung und Zustimmung der Mehrheit des Volkes zu dem von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gefaßten Beschluß des Aufbaus des Sozialismus möchte ich auch im Namen aller Fraktionen des Hauses zum Ausdruck bringen. (Beifall)

Wir, als die gewählten Vertreter des Volkes, sind uns bewußt, welche entscheidende, aktive Rolle die Staatsmacht als das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus spielt und begrüßen deshalb das vom Herrn Ministerpräsidenten begründete und durch die Volkskammer einstimmig beschlossene Gesetz über die weitere Demokratisierung, des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik, das, wie der Herr Ministerpräsident zum Ausdruck brachte, ein Meilenstein in der Entwicklung des neuen sozialistischen Staates der Deutschen Demokratischen Republik ist.

Das deutsche Volk besitzt mit dem Aufbau des sozialistischen Staates eine gewaltige Perspektive, die für die Lösung der zentralen Frage des Kampfes um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands von außerordentlicher Bedeutung ist und die Überlegenheit unserer auf volksdemokratischer Grundlage entwickelten Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft noch offensichtlicher werden läßt. Wir sind heute so weit, daß wir sagen können, daß der Wiederaufbau unserer Wirtschaft beendet ist und bereits überschritten wurde und unserer Jugend, unseren Frauen, unseren Arbeitern in der Industrie und unseren Werktätigen auf dem Lande sowie unseren Technikern und Wissenschaftlern durch eine planvoll gelenkte Gesetzgebung alle Tore für ihren gesellschaftlichen Aufstieg weit geöffnet sind. Wir sind uns bewußt, daß wir diese bisher erzielten Erfolge nur dank der Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dank der schöpferischen Kräfte unserer Arbeiter, Angestellten, Inge-

nieure, dank unseren werktätigen Bauern und Wissenschaftlern, vor allem aber dank der politischen und ökonomischen Hilfe, die uns die Völker der Sowjetunion und unser bester Freund, Stalin, bisher gewährt haben, erreicht haben. (Beifall.)

Wir sind uns aber auch bewußt, daß wir diesen, unseren Staat, der zum festen Bollwerk im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands geworden ist, vor Adenauer und seiner Clique schützen müssen. Wir müssen die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes verstärken und unseren Staat, den Staat der Werktätigen, zu einem starken Staat, zu einem der wichtigsten Werkzeuge beim Aufbau des Sozialismus machen, dessen neue und höhere Aufgaben, wie Walter Ulbricht sagte, insbesondere auf dem Gebiet der militärischen Streitkräfte und des Schutzes des sozialistischen Eigentums liegen und dessen Hauptaufgabe es ist, nicht nur zu verwalten, sondern das sozialistische Eigentum und die materiellen Güter des Volkes zu mehren. Es gilt zu diesem Zwecke die Initiative des ganzen Volkes zu entfalten, die Menschen zu überzeugen und — nach dem Worte unseres Ministerpräsidenten — die großen Aufgaben unserer gesamten Aufbauarbeit, die in unserem Fünfjahrplan wurzeln, der das zentrale Gesetz für die Sicherung der Lebensgrundlage und der Steigerung des Wohlstandes ist, zu lösen.

Um diese großen Ziele zu verwirklichen, um aktiv dem Aufbau des Sozialismus dienen zu können, muß, wie es im Gesetz zum Ausdruck kommt, eine größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und eine breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates erfolgen. Der Staatsapparat muß, wie es im Gesetz heißt, die Möglichkeit erhalten, den Willen der Werktätigen, der in den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik seinen Ausdruck findet, zu erfüllen und — auf die Initiative der Massen gestützt — eine Politik des werktätigen Volkes durchzuführen. Diesen großen politischen Zielen dient das durch Herrn Ministerpräsident Seydewitz erläuterte Gesetz mit allen seinen durchzuführenden Maßnahmen. Damit wird zugleich der berechtigten und helfenden Kritik unserer Werktätigen an der bisherigen Arbeit unserer Verwaltungsorgane und auch an der Arbeit unserer Parlamente entsprochen und die engste Verbindung mit der Bevölkerung hergestellt.

Wir Abgeordneten des Sächsischen Landtages begrüßen deshalb ganz besonders die im Gesetz festgelegte Neuaufgliederung der Kreise und die in den Ländern vorzunehmende, den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Zusammenfassung mehrerer Kreise in Bezirke, wie es durch Herrn Ministerpräsidenten Seydewitz soeben aufgezeigt wurde. Mit dieser territorialen Neugliederung des Staatsapparates und der großen politischen Zielsetzung ergeben sich auch für uns als künftige Bezirkstagsabgeordnete neue und höhere Aufgaben. Um wirklich als Beauftragte und Helfer des Volkes zu wirken und den Organen der Staatsgewalt bei der Durchführung ihrer verantwortlichen Arbeit helfend zur Seite zu stehen, ist es notwendig, die durch Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in seiner Rede klar umrissene Aufgabenstellung für die Abgeordneten in die Tat umzusetzen und in ständiger Verbindung mit den Wählern zu bleiben.

Was heißt das also in der Praxis? — Das heißt, daß jeder Abgeordnete nur dann als Vertreter des Volkes durch das Volk anerkannt wird, wenn er wirklich als Interessenvertreter der werktätigen Bevölkerung in Erscheinung tritt, wenn er ständig und immer in enger Verbindung mit der Bevölkerung steht und für die Sicherung der Rechte aller Bürger sowie für die konsequente Durchführung der Gesetze unserer Regierung Sorge trägt.

Wir werden also künftig Abgeordnete in unseren Bezirkstagen haben, die nicht nur zufällig Abgeordnete sind und gelegentlich einmal an Parlamentssitzungen teilnehmen, sondern wirkliche Volksvertreter, die sich ihrer